

Helfen statt reden

TAG DER OFFENEN POLITIKER-KONTEN

Seite 2-3



Gemeinderatswahlen 22. März

Wir stehen für

- Leistbares Wohnen
- Beratung und Hilfe
- Familien fördern



Liste 5

KPO

ZITIERT

„Man kann den Skandal der Armut nicht bekämpfen, indem man Strategien entwickelt, die nur beruhigen und die Armen zu stillen Kreaturen machen wollen.“
Papst Franziskus, 27. Oktober 2014

„Leider rückt das gute Leben für die allermeisten in immer weitere Ferne. (...) Es ist befremdlich: Wenn ich als Papst hiervon spreche, heißt das für einige, dass dieser Papst ein Kommunist ist.“
Papst Franziskus, ebenda

„Die Bezieher kleiner Einkommen dürfen nicht weiter belastet werden. In Graz ist das der KPÖ gelungen, hier wird auf eine automatische Gebührenerhöhung verzichtet. In der Daseinsvorsorge setzen wir uns dafür ein, dass z.B. Wasserversorgung, Kindergärten oder Pflegeeinrichtungen nicht teil- oder ganz privatisiert werden. Die öffentliche Hand darf kein Inflationstreiber sein. Man nennt uns deshalb oft Neinsager. Aber in diesen Fällen sind wir stolz darauf, denn alle anderen sagen ja zu Teuerung und Ausverkauf.“
Der Leobener KPÖ-Stadtrat Werner Murgg.

„Als EU- Mitgliedsstaat verfügt man nur über eine begrenzte Souveränität.“
Martin Schulz, EU-Parlamentspräsident. Spiegel, Nr. 6/2015, S. 28



KLEIN, aber MIT BISS



Politiker kassieren mehr, arme Leute haben immer weniger. Das Jahr fängt nicht gut an.

Sinnvolle Verwendung von „Tag der offenen Konten“ bei der KPÖ Steiermark

Zum 17. Mal legten die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr am „Tag der offenen Konten“ die Verwendung ihrer Politiker-Gehälter offen. Seit Ernest Kaltenegger 1998 Wohnungsstadtrat in Graz wurde, gilt bei der KPÖ, dass ein Großteil der Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird. Von 1998 bis 2014 wurden so über 1.589.182 Millionen Euro weitergegeben.

Über 5.000 Beratungsgespräche bei Elke Kahr

Über 5.000 Menschen suchten 2014 im Büro von KPÖ-Stadträtin Elke Kahr Rat und Hilfe, 480 von ihnen erhielten eine finanzielle Unterstützung. Die Gelder stammen vom Gehalt der Stadträtin, die sich selbst 1.900 Euro davon behält. Mehr als die Hälfte des Gehalts – 51.323,70 Euro waren es 2014 – kommen Grazern und Grazerinnen zugute, die sich hilfeschend an die KPÖ wenden. Insgesamt hat Elke Kahr seit Oktober 2005 mehr als 470.000 Euro ausbezahlt. „Der Hauptgedanke war der, dass wir uns als Politiker nicht von der Mehrheit der berufstätigen Bevölkerung abheben wollten, dadurch verliert man den Bezug zum Alltag der Menschen.“

Die Parteienförderung in Graz wurde 2013 von ÖVP, SPÖ und FP

fast verdoppelt – und das obwohl in vielen anderen Bereichen gespart wird. Die KPÖ hat sich immer dagegen ausgesprochen und im Grazer Gemeinderat, wie Grüne und Piraten auch, dagegen gestimmt.

Geld für Banker!

„Weil es für die Zurücknahme der Erhöhung im Grazer Gemeinderat keine Mehrheit gibt, hilft die KPÖ mit diesem Geld nun zusätzlich in Not geratenen Grazerinnen und Grazern“, sagt Kahr. 58.130,33 Euro waren es 2014. Auch ihre Aktion „Geld für Banker! statt für Banken“, bei der die KPÖ die Kosten für das Aufstellen von Bänken und Tischen im öffentlichen Raum übernimmt, wurde fortgesetzt. Dafür wurden insgesamt bereits 16.000 Euro aufgewendet. „Dadurch wollen wir mehr Sitzgelegenheiten schaffen, wo man auch ohne Konsumzwang zur Ruhe kommen kann“, erklärt Elke Kahr.



Foto Pia Schmickl

KPÖ
Einkommen wird für Menschen offengelegt. Von links nach Landtagsabgeordnete, Werner

Erst Wohnraum sichern!

„Größtenteils geht es darum, den Erhalt der Wohnung zu sichern“, erzählt Kahr. „Es kann nicht sein, dass Menschen mehr als 50 Prozent von ihren zur Verfügung stehenden Mitteln fürs Wohnen ausgeben müssen.“ Dabei trifft es vor allem jene, die mit ihren Gehältern zu viel verdienen, um eine Wohnbeihilfe

INHALT

| | |
|--------------------------------------------------|-------|
| Kürzungen ohne Ende. Landesbudget ohne Besserung | 4/5 |
| Den Gemeinden helfen | 6 |
| Wohnen muss leistbar sein | 7 |
| Sozialservice, was ist das Pensionskonto? | 9 |
| In Stadt und Land: KPÖ wirkt | 10 |
| Aus den Bezirken: | |
| Regionalberichte | 11-14 |
| Glücksspiel ist kein Spiel | 16/17 |
| 70 Jahre Befreiung von Nazi-Deutschland | 18 |
| Rezept, Grippe-Hausmittel | 19 |
| Kultur, Veranstaltungen | 20/21 |
| Anzeigen, Leserbriefe | 22 |
| Tierecke, Impressum | 23 |

Politikerbezüge im Jahr 2014, in Euro monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

| | |
|-------------------------------|--------|
| Bundespräsident | 23.631 |
| Bundeskanzler | 21.099 |
| Nationalratspräsident | 17.724 |
| Nationalrat | 8.440 |
| Landeshauptmann Voves | 16.036 |
| Landeshauptmann-Stellv. | 15.191 |
| Mitglied der Landesregierung | 14.348 |
| Klubobleute Landtag | 10.550 |
| 2. und 3. Landtagspräsident | 7.174 |
| Präsident Landesschulrat | 8.440 |
| Abgeordnete zum Stmk. Landtag | 5.486 |

Gehältern



ist glaubwürdig: Der Überschuss aus überhöhten Polit- in Notlagen verwendet, die Verwendung des Geldes jährlich rechts: Elke Kahr, Stadträtin in Graz, Claudia Klimt-Weithaler, Murg, Landtagsabgeordneter.

und auch sonst keine staatlichen Zuzahlungen erhalten. „Ein kaputter Boiler oder anstehende Reparaturen führen rasch zu Mietrückständen“, weiß sie aus vielen Gesprächen. Aber auch Spitalskosten, Schulkosten, Heizkosten, Strom, Kauttionen oder Makler-Provisionen stellen die Menschen vor finanzielle Herausforderungen. „Ausgenommen ist davon niemand aber besonders schlimm

ist es für Menschen, wenn sie nach Scheidung, nach einer schweren Krankheit oder Verlust des Arbeitsplatzes mit ihren Sorgen alleine da stehen“, betont Kahr. Es zeigt sich aber, dass immer mehr Berufstätige mit geringem Lohn sich die Alltagskosten nicht mehr leisten können.

Kinder leiden

„Traurig ist, dass Kinder und Jugendliche unter den Sorgen ihrer Eltern leiden, entmutigt und verunsichert werden. Es ist wichtig, dass junge Menschen selbstbewusst und unbeschwert ihren Fähigkeiten nachgehen können“, so Elke Kahr. „Wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen bezahlbare Wohnungen, wir brauchen Gehälter, von denen man leben kann und Sozialpolitik, die den Namen verdient“, bringt es Kahr auf den Punkt. „Dafür steht unsere Politik. Wir wissen aber auch, dass wir die Menschen nicht nur auf eine bessere Welt vertrösten können, sondern wir wollen mit unserer tagtäglichen Hilfe unmittelbar für sie da sein.“

Mit guten Beispiel..

Wer bei der KPÖ ein politisches Amt hat, ob im Landtag, in einer Gemeinde oder in einer Stadtregierung, behält höchstens 2200 Euro für sich (zum Vergleich: Landeshauptmann Voves verdient über 16.000 Euro pro Monat). Der Überschuss fließt in einen Sozialfonds, mit dem Menschen in Notlagen unterstützt werden. Bei Privilegien und Freunderlwirtschaft, bei den überhöhten Polit-Gagen und den ständigen Gebührenerhöhungen machen wir nicht mit! Das gilt auch nach der Wahl.

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Budget: Es geht auch anders!



Das Budget ist in Zahlen gegossene Politik, heißt es. Das Budget für die Steiermark wurde im Dezember im Landtag beschlossen. Dabei hat sich ganz genau gezeigt, welche Parteien für welche Politik stehen.

Wahlprogramme und Plakate sind immer zuckersüß. Die Politik, die dann gemacht wird, schmeckt aber oft sehr bitter.

„Der Weg war schmerzvoll aber richtig“, meinte die SPÖ-Finanzlandesrätin Vollath. Aber für wen war er richtig? 45.000 Kinder leben in der Steiermark an oder unter der Armutsgrenze. Bei ihnen wurde ebenso gekürzt wie bei Schulen und Krankenhäusern.

Für pflegebedürftige Angehörige wurde eine Steuer (der Regress) eingeführt – und erst auf großen Druck wieder abgeschafft. Der öffentliche Verkehr wurde in nur zwei Jahren um 11 Prozent verteuert. Gebühren und Tarife werden automatisch jedes Jahr erhöht. Viele können sich das Leben kaum noch leisten.

Der Kahlschlag und das Drüberfahren werden nach der Landtagswahl im Herbst weitergehen, wenn SPÖ und ÖVP wieder eine Mehrheit haben. Und das großteils mit den Stimmen der FPÖ, die sich gerne „sozial“ nennt. Ganz einträchtig stimmten Rot, Schwarz und Blau gegen öffentliche und gemeinnützige Pflegeheime – und machten so der Profitmacherei die Mauer. Auch eine Verbesserung der Wohnbeihilfe lehnten die

Freiheitlichen ab. Sie stimmten gegen das Topticket für Studierende, das im Grazer Gemeinderat noch von allen Parteien einstimmig gefordert wurde. Für eine Senkung der Politgehälter im Land stimmte überhaupt nur die KPÖ.

Das alles ist zwar wenig überraschend, aber trotzdem traurig für die Steiermark. Viele Menschen haben schon vergessen, dass Politik nicht immer nur auf Kosten der Bevölkerung gemacht werden muss.

Dass es auch anders geht, haben Elke Kahr und die KPÖ in Graz unter Beweis gestellt. In der Landeshauptstadt wurde ein Budget beschlossen, bei dem nicht die Interessen von Wirtschaftseliten, sondern die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen. Die Budgetbeschlüsse zeigen: Je stärker die KPÖ, desto sozialer die Politik.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



Kahlschlag-Koalition abwählen!

Bezirke und Gemeinden wurden wegrationalisiert, Schulen geschlossen, Krankenhäuser und Polizeistationen „eingespart“: Was bleibt von der Steiermark nach Voves und Schützenhöfer? Im Jahr 2015 gibt es bei Gemeinderats- UND Landtagswahl Gelegenheit, diese Politik abzuwählen.



Stoppt die Sparschweine!

DIE STEIERMARK HAT ETWAS BESSERES VERDIENT

Grausame Sparpolitik

Die Ära von Voves und Schützenhöfer neigt sich dem Ende zu. Die Frage ist: werden SPÖ und ÖVP weiterhin ungehindert ihre zukunftsfeindliche Politik weiterführen können? Wir zeigen auf den folgenden Seiten, warum Sie der rot-schwarzen Politik bei Gemeinderats- und Landtagswahl eine Denkkarte verpassen sollten.

Größere Gemeinden kosten mehr

Der Landtag beschloss 2013 gegen die Stimmen der KPÖ eine neue Gehaltstabelle für Bürgermeister, die eine kräftige Gehaltserhöhung brachte. Anfang 2014 wurden die Bezüge der Bürgermeister je nach Gemeindegröße zwischen 11,7% und 53,8% erhöht. Siehe Tabelle.

Aufgrund der Gemeindegemeinschaften gibt es zwar weniger Bürgermeister, die fallen aber in mehreren Fällen in die nächste Gehaltsstufe. Z.B. Gratwein-Sträßengel, Seiersberg, Deutschlandsberg, Judenburg steigen über die 10.000er Marke.

Bei sich selbst sparen die Parteien nicht: Seit 1.1.2014 wird eine steirische Sonderparteisteuer eingehoben. Die Gemeinden müssen pro Bürger 5 Euro ans Land abliefern, die dann zur Finanzierung der Parteien verwendet werden.

*Es wird nicht reichen, die Akteure abzuwählen. Viele Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden.
KPÖ-LABG.
Werner Murgg*

Polit-Bezüge: Alle gegen die KPÖ

In der Budgetsitzung des Landtags am 16.12.2015 erneuerte die KPÖ ihre Forderung, die alle steirischen Politiker-Einkommen um 30 Prozent zu senken. Die KPÖ hat zusätzlich vorgeschlagen, den Höchstbezug mit dem Fünfzehnfachen einer Mindestpension zu beschränken. In seltener Einigkeit stimmten SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gegen den Antrag der KPÖ.

Bürgermeistergehälter im Vergleich

Euro monatlich, 14 x pro Jahr

| Einwohner | Vergleich 2013 in Euro, 14 Mal | Seit 2015 (mit Nebenberuf) in Euro, 14 Mal | Seit 2015 (hauptamtlich) in Euro, 14 Mal |
|------------------|-----------------------------------|--------------------------------------------------|------------------------------------------------|
| 1.001 - 2.000 | 2.160 | 3.433 | 4.291 |
| 2.001 - 3.000 | 2.575 | 3.862 | 4.282 |
| 3.001 - 5.000 | 2.824 | 4.292 | 5.364 |
| 5.001 - 7.000 | 3.655 | 5.150 | 6.437 |
| 7.001 - 10.000 | 4.320 | 5.579 | 6.974 |
| 10.001 - 15.000 | 5.399 | 6.437 | 8.047 |
| 15.001 - 20.000* | (neu) | 7.296 | 9.119 |
| 20.001 - 30.000 | 7.060 | 8.153 | 10.192 |
| über 30.000* | (neu) | 8.583 | 10.729 |

Bezüge von Gemeindefunktionären in Prozent des Bürgermeisterbezugs

| | |
|-----------------------------------------------------------|-----------|
| Gemeindekassier, wenn die Kasse selbst geführt wird | 50% |
| Gemeindekassier, wenn die Kasse nicht selbst geführt wird | 30% |
| Vizebürgermeister | 30% |
| Gemeindevorstandsmitglieder | 20% |
| Ausschussvorsitzende | max. 20 % |

RICHTIGSTELLUNG: In unserer letzten Nummer haben wir leider die Unterscheidung zwischen Gemeindekassieren mit bzw. ohne Kassaführung nicht korrekt wiedergegeben.



Gemeinderatswahl 2015 – KPÖ – Liste 5

- Belastungen
- Ausverkauf
- Gebührenerhöhungen?
- Freunderlwirtschaft

Nicht mit uns!

Schulden streichen statt Euro-Rettung! Für Schuldenschnitt bei öffentlichen Haushalten

Die Steiermark spart. Aber nicht überall.

Es gibt Beispiele für die Freigiebigkeit des Landes Steiermark. Etwa bei der Therme Bad Gleichenberg, die nach hohen Förderungen um nur 500.000 Euro verkauft wurde. Für Beratungsfirmen wurde ein zweistelliger Millionenbetrag ausgegeben. 2012 wurde bekannt, dass unter Landesrätin Edlinger-Ploder den Universitätskliniken 76,2 Mio. Euro entgangen sind, weil diese vom Bund nicht eingefordert wurden. Gespart und gekürzt wird bei Pensionen, Bildung, Gesundheit...

Schulden streichen!

Was wir statt Kürzungen und Belastungen tatsächlich brauchen, ist ein Schuldenschnitt bei den öffentlichen Haushalten. Das käme der Bevölkerung direkt zugute und würde öffentliche Aufträge ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen und

die Kaufkraft erhöhen. Zumindest ist es höchste Zeit für das Aussetzen der Zinszahlungen. Überall wird gekürzt, nur die Zahlungen an die hochsubventionierten und staatlich gestützten Banken werden nicht in Frage gestellt.

Besonders unverfroren: Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht wertangepasst oder sogar verschlechtert wurden, gibt es bei der Parteienförderung eine automatische Wertanpassung der Fördergelder.

Voves kündigt weitere „Spar“pakete an

„Das ist nur die erste Etappe, es sind noch viele Aufgaben zu erledigen“, sagte Landeshauptmann Franz Voves. So werde es auch in den Jahren bis 2018 notwendig sein, weitere Hunderte Millionen einzusparen. (Kleine Zeitung, 25.9.2014)



KPÖ-Kommunikationsreferent Jakob Matscheko, die Knittelfelder Stadträtin Renate Pacher und der Leobener Stadtrat LAbg. Werner Murg stellen die Gemeinderatskandidaturen der KPÖ vor.

Wohnbaupaket beschlossen

In der letzten Sitzung des alten Jahres hat der Landtag ein Wohnbaupaket beschlossen. Die KPÖ lehnte Teile dieses Paketes ab, weil das jährliche Volumen für die Wohnbauförderung von bisher 108 auf 55 Millionen Euro gesenkt wird.

Die KPÖ spricht sich auch gegen neue Bestimmungen im Rahmen der Gebäudesanierung aus, welche den Quadratmeterpreis für Mieterinnen und Mieter teurer machen. Positiv ist die im Rahmen der Gesetzesnovelle verabschiedete Erhöhung der Wohnbeihilfe bzw. Änderungen bei den Förderrichtlinien, die extreme Sprünge der Mieten nach oben verhindern sollen. Letzteres gilt allerdings nur für neue Verträge.

Wohnen leistbar machen!

Wohnen ist viel zu teuer. Die KPÖ hat mit einem eigenen Antrag Vorschläge eingebracht, um Wohnen billiger zu machen. Sie fordert:

- Das Wohnbauförderprogramm ist zumindest auf dem Niveau von 110 Millionen Euro jährlich zu halten.
- Generell sollen statt Annuitätzuschüssen wieder billig verzinste Landesdarlehen vergeben werden.
- Es dürfen keine

Wohnbauförderungsdarlehen an Banken zum Zwecke der Budgetsanierung verkauft werden. Nur so können die von den Mietern geleisteten Rückzahlungen wieder für Wohnbauförderung verwendet werden.

Der KPÖ-Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Statt effektive Maßnahmen zur Verbilligung von Wohnraum zu setzen, beschließt der Landtag Gegenteiliges. In der selben Sitzung, in der dieses „Wohnpaket“ beschlossen wurde, stimmte der Landtag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen dem Verkauf von 26 Baurechtsliegenschaften der Landeswohnhäuser um 19,68 Millionen Euro zu. Allein die KPÖ sagte dazu Nein. Auf den verkauften Liegenschaften stehen von Genossenschaften errichtete Landeswohnungen. Nach Auslaufen der Baurechtsverträge wären die Objekte an das Land gefallen. Mit dem Verkauf der Baurechte hat sich das Land mit einem Schlag indirekt von 26 Wohnobjekten verabschiedet. Wohnungen, die dazu hätten genutzt werden können, im Sinne niedriger Mieten korrigierend in den Wohnungsmarkt einzugreifen.



Alles in Ordnung im Krankenhauswesen?

Der aktuelle Regionale Strukturplan Gesundheit und die neue Arbeitszeitregelung für Spitalsärzte lassen eine Leistungsreduktion in den Spitälern befürchten. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) stellte dazu kritische Fragen an den zuständigen

Landesrat Christopher Drexler (ÖVP).

Drexler gab zu, dass bezüglich langer Wartezeiten bei Operationen die Kritik der KPÖ berechtigt sei. Ansonsten konnte er keine Probleme erkennen.

Schuldenschnitt für steirische Gemeinden!



Von Jakob Matscheko, Kommunalreferent der



Ehrliche Gemeindepolitik

Am 22. März werden in der Steiermark die Gemeinderäte gewählt. Wer am 22. keine Zeit hat, kann schon Freitag 13. März am Gemeindeamt wählen.

Schon jetzt steht fest, dass die KPÖ in so vielen Gemeinden kandidieren wird wie seit 1975 nicht mehr. Das zeigt, dass wir mit unseren Themen auf Zustimmung stoßen. Die Politik der KPÖ-Steiermark beruht auf festen Prinzipien: So verzichten unsere Mandatare auf große Teile ihrer Politgehälter, „Helfen statt reden“ ist für uns nicht nur ein Slogan, sondern findet etwa in unseren Mietersprechstunden Ausdruck. Wir lassen uns nicht von Großkonzernen oder den Bürgermeisterparteien unter Druck setzen. Das ist wichtig.

Unsere klare politische Linie sorgt dafür, dass wir uns auf

keine faulen Kompromisse zu Lasten der Bevölkerung einlassen. Wir sind den Menschen verpflichtet, nicht irgendwelchen Sachzwängen, Konzernen oder der EU.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind anständige Leute, die mit beiden Beinen im Leben stehen und die Mut und Charakter nicht zuletzt dadurch zeigen, dass sie bereit sind, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen. Wenn Sie sich von den hier genannten Überzeugungen angesprochen fühlen, bitte ich Sie, die KPÖ bei den kommenden Wahlen zu unterstützen.

Jakob Matscheko

PS: Ich bin sehr an Ihrer Meinung interessiert. Schreiben Sie mir: Jakob Matscheko – KPÖ, Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben. E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

Jahrzehntelang hat die Landesregierung den Gemeinden Lasten und Schulden aufgebürdet. Als sich zeigte, wie schlecht am Rücken der Gemeinden und der Menschen gewirtschaftet wurde hieß es: Um zu „sparen“ werden Gemeinden zugesperrt. Über 235 Gemeindeämter mit all ihren wirtschaftlichen Kompetenzen wurden am 1. Jänner geschlossen. Ein schwerer Schlag für die öffentliche Wirtschaft und was daran hängt. Die KPÖ meint: Nur eine florierende öffentliche Wirtschaft kann wieder Arbeit schaffen und zum Wohl der Menschen da sein.

Gemeinderatswahl 2015 – KPÖ – Liste 5

Wir stehen für

- Leistbares Wohnen
- Beratung und Hilfe
- Privilegien abschaffen !

Helfen statt reden!



Schulden streichen!
Volksbegehren für den EU-Austritt
 Eintragungswoche 24. Juni bis 1. Juli
 Bitte unterschreiben Sie am Gemeindeamt



MEINUNG
 GLB



Von Hilde
 Tragler,
 Betriebsrätin
 des GLB bei
 Magna.

Magna neu

Ab 2015 kündigt Magna international an, unter dem neuen Logo „Magna“ alle Standorte weltweit zu vereinheitlichen. Dazu sind bei allen bestehenden Betrieben Namensänderungen mit allen damit zusammenhängenden Aufwendungen (neues Briefpapier, neue Domain usw.) verbunden.

Aber, liebe Leserinnen und Leser: Keine Angst, das heißt nicht, dass ab sofort in allen Filialen der gleiche Kollektivvertrag zur Anwendung kommen wird.

Im Gegenteil: Bei Magna-Steyr, vormals Steyr-Daimler-Puch, hat man es sogar geschafft, die Kollektivvertragseinheit in drei Bereiche zu spalten. Die Auswirkungen davon für die Belegschaft: Nach einem halben Jahrhundert mit einem gemeinsamen Metaller-Kollektivvertrag gibt es nun allein in Graz-Thondorf drei verschiedene Kollektivverträge mit unterschiedlichen Lohnabschlüssen. Das bedeutet für einige hundert Beschäftigte eine Schlechterstellung. Das entspricht dem Magna-Motto, „kleine, überschaubare Bereiche“ zu schaffen, die man „notfalls“ auch relativ leicht zusperrern kann.

Nach außen hin aber signalisiert ein einheitlicher Name große Einigkeit. So kann man sich täuschen!

Magna schafft es damit als großer Konzern, einerseits eine gemeinsame Identität vorzuspielen, und andererseits durch Ausgliederungen und interne Strukturveränderungen die Arbeiterschaft aufzuspalten,

meint Ihre
 Hilde Tragler



Wohnen leistbar machen!

Die Regierung kommt bei der versprochenen Mietrechtsreform nicht weiter. Der Einfluss der Immobilienlobby ist stark.

Die KPÖ setzt sich für die Abschaffung des undurchschaubaren Richtwertsystems bei Mieten ein. Es gehören klare Mietzinsobergrenzen festgelegt. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten würde ebenso zu einer Entlastung von Mietern beitragen.

Eine Befristung von Mietverhältnissen darf nur in begründbaren Ausnahmefällen möglich sein. Maklergebühren sollen nicht mehr auf Mieter übergewälzt werden dürfen. In Deutschland steht diese Regelung kurz vor der Umsetzung. Die Vergebührung von Mietverträgen beim Finanzamt muss ersatzlos gestrichen werden!

Das wirksamste Mittel ist aber

ein ausreichendes Angebot an leistbaren Wohnungen durch öffentlichen Wohnbau. Wenn die Abhängigkeit von Banken und Immobilienkonzernen sinkt, sinken auch die Mieten.

Die KPÖ fordert eine echte Verbesserung der 2011 radikal gekürzten Wohnbeihilfe, die Zweck-

bindung der Wohnbaumittel für sozialen Wohnbau und die Einrichtung eines Kautionsfonds, die es besonders jungen Menschen erleichtern würden, eine menschenwürdige und leistbare Wohnung zu finden. Dafür sammelt die KPÖ zur Zeit Unterschriften in der gesamten Steiermark.

Wohnbeihilfe (wirklich) erhöhen!

Die von Soziallandesrat Schrittwieser groß angekündigte Erhöhung der Wohnbeihilfe ist eine Mogelpackung. Es werden die Einkommensgrenzen verschoben, ohne die Beihilfe wirklich zu erhöhen. Der ausbezahlte Betrag bleibt unter der Wohnbeihilfe vor den Kürzungen der Voves-Regierung im Jahr 2011. Nicht einmal ein Ehepaar, das Mindestpension bezieht, hat Anspruch auf Wohnbei-

hilfe. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Weithaler: „Österreich hat von allen EU-Staaten die stärkste Teuerung bei Mieten und Betriebskosten. Immer weniger Menschen können sich die Wohnkosten leisten. Kurzfristig hilft da nur eine Erhöhung der Wohnbeihilfe, die diesen Namen auch verdient. Was die Landesregierung derzeit macht, reicht nicht.“

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF

GLB-KPÖ

Rufen Sie an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>



Typisch steirisch:



Stur für Gerechtigkeit.

KPÖ wirkt!
 Claudia Klimek-Weithaler

WO BLEIBT DER „SOZIALSTAAT“?

In der Armutsfalle

Die Pensionierung ist für viele ein Anlass zur Freude: endlich Zeit für die Familie, für Hobbys – und vielleicht geht sich auch die eine oder andere Reise aus, wenn die Pension nach einem langen Arbeitsleben nicht allzu bescheiden ausfällt.

Ganz anders ist es beim Ehepaar M. gekommen. Frau M. hat ihr Leben lang als Sekretärin gearbeitet und ist vor zwei Jahren im Alter von 60 Jahren in Pension gegangen. Ihre Pension beträgt monatlich € 1.204 – eigentlich ist sie damit zufrieden. Leider ist ein Jahr vorher ihr Ehemann, der jahrelang am Bau gearbeitet hat, wegen eines Wirbelsäulenleidens arbeitslos geworden. Er hat am Arbeitsmarkt aufgrund seiner gesundheitlichen Probleme und seines Alters (er ist jetzt 60 Jahre) de facto keine Chancen. Ein Antrag auf Invaliditätspension wurde bereits dreimal abgelehnt – er sei ja noch zu einem Drittel arbeitsfähig.

Nach einem Jahr Bezug endet das Arbeitslosengeld und es kann ein Antrag auf Notstandshilfe beim AMS gestellt werden. Anders als beim Arbeitslosengeld wird bei der Notstandshilfe das Einkommen des Partners mitgerechnet. Herr M. hatte ein Arbeitslosengeld in der Höhe von rund € 900. Seit zwei Jahren bekommt er nur mehr € 4,53 pro Tag, das sind monatlich € 135,90, weil seine Frau für ihn unterhaltspflichtig ist, das gleiche gilt für die Mindestsicherung. Zusammen hat das Ehepaar M. also monatlich ein Einkommen von € 1.339,90. So haben sie sich ihr Leben im Alter nicht vorgestellt. Trotz des niedrigen Familieneinkommens haben sie zu viel um eine Rezeptgebührenbefreiung, eine Wohnbeihilfe oder einen Zuschuss zu den Heizkosten zu bekommen.



© Alexander Rath Sanders - Fotolia.com

Symbolfoto: Menschen im Ruhestand sollten nicht gezwungen sein, jeden Groschen umdrehen zu müssen.

„Bei den ständig steigenden Lebenskosten kommen wir vorne und hinten nicht mehr zusammen, obwohl wir sehr bescheiden leben. Ein paar Tage Urlaub kommen schon lange nicht mehr in Frage. Wird im Haushalt etwas kaputt, bricht sofort Panik aus.“ Dazu kommen unvermeidliche Ausgaben für Medikamente, eine neue Brille... „Dass meine Zähne kaputt werden könnten, daran darf ich gar nicht denken!“, sagt Frau M.

Das Ehepaar M. ist kein Einzelfall. Wie die KPÖ immer wieder aufgezeigt hat, hat in der Steiermark selbst ein Ehepaar, dass nur die Mindestpension für Ehepaare bezieht, schon zu viel Einkommen, um Anspruch auf eine Wohnbeihilfe zu haben. Die Einkommensgrenzen für die Gebührenbefreiungen sind auch viel zu niedrig. Da ist Altersarmut vorprogrammiert.

Frau M. findet auch die Unterhaltsregelung gegenüber ihrem Mann ungerecht. Schließlich haben ihr Mann und sie ein Leben lang gearbeitet. „Ab einem gewissen Alters braucht man eben ab und zu ein paar Euros für sich selbst, um die angeschlagene Ge-

sundheit zu pflegen und sich ein paar schmerzlindernde Maßnahmen zukommen zu lassen“, gibt Frau M. zu bedenken.

Frau M. ist der Redaktion namentlich bekannt.

Anrechnung der Partnereinkommen bei Notstandshilfe aufheben!

2013 haben durchschnittlich 12.364 Arbeitslose wegen der Anrechnung des Partnereinkommens gar kein Geld bekommen – Frauen waren mit 82% (10.130 Personen) besonders stark betroffen. 11.324 Personen mussten Abzüge hinnehmen (Frauenanteil 54%). Frauen verloren im Schnitt 318 Euro monatlich, Männer 293 Euro.

Wer in einer Beziehung lebt, darf zwar voll in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, trägt aber ein großes Risiko, weniger bis gar nichts mehr nach Ablauf des Arbeitslosengeldes zu bekommen: Rund 10 % der Männer, aber 28 % der Frauen müssen Kürzungen oder völligen Entfall des Bezugs hinnehmen. Das stellt zusätzlich also auch eine mittelbare Diskriminierung von Frauen dar.

Die Aktive Arbeitslose Österreich haben eine Online-Kampagne zum Schutz der Versicherungsleistung gestartet: <http://www.bit.ly/partnereinkommen>

Pflegeregress abgeschafft



PROTEST WIRKT. Das von der KPÖ hartnäckig verfolgte Ziel, den Regress abzuschaffen, zeigte Wirkung: Die Landesregierung sah sich gezwungen, den Regress mit 1. Juli 2014 abzuschaffen.

Die KPÖ sammelte über 20.000 Unterschriften für die Abschaffung des Pflegeregresses.

Wohl verdiente Pensionen

Nachricht über Erstgutschriften schürt Ängste

Seit Juni 2014 flattern Briefe der Pensionsversicherungsanstalt in die Haushalte. Inhalt: Information über die **Erstgutschrift** des Pensionskontos.

Die Kontoerstgutschrift gibt Auskunft über die Höhe der Pension, würde man an genau diesem Tag in Pension gehen.

Was passiert mit meiner Kontoerstgutschrift?

Sie steigt mit dem Lohn jedes Jahr weiter an, dabei ist auch die Teuerung miteingerechnet. Wenn Sie in Pension gehen, wird aus der Summe aller Gutschriften eine monatliche Bruttopension berechnet, die 14 mal jährlich ausbezahlt wird.

Wie erhöht mein Einkommen die Pension?

1,78 Prozent des Bruttoeinkommens werden jedes Jahr auf dem Pensionskonto gutgeschrieben und auch jährlich aufgewertet, das heißt, der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst.

Ein Beispiel: Laut Kontoerstgutschrift hat Carina S. 1.000 Euro monatlichen Pensionsanspruch. Diese Gutschrift wird im Folgejahr mit dem Aufwertungsfaktor 1,022 (für 2014) multipliziert. Dieser Faktor wird jedes Jahr neu berechnet. Das ergibt 1.022 Euro für 2014. Hinzu kommt noch die Gutschrift vom Einkommen. Wenn sie also 1500 Euro im Monat verdient, werden 1,78 Prozent davon zusätzlich auf dem Konto gutgeschrieben, also 26,70 Euro. Das ergibt eine neue Gesamtgutschrift von 1048,70 Euro monatlich.

Für wen gilt das neue Pensionskonto?

Für alle, die ab 1955 geboren sind.

Worauf muss man aufpassen?

Auch wenn Kindererziehung- und Arbeitslosenzeiten höher berechnet



Wichtige Informationen zum Pensionskonto

werden, schlagen sich die Teilzeitarbeitszeiten aber maßgeblich nieder. Ein Beispiel: Brigitte R., 58 Jahre alt, dreifache Mutter. Bis zum ersten Kind hat sie Vollzeit gearbeitet, nach ihrer Zeit als Hausfrau und Mutter nur mehr Teilzeit. Die Information über die Erstgutschrift ihres Pensionskontos weist eine voraussichtliche Pension von 900 Euro aus. Mittlerweile ist sie geschieden und weiß nicht, wie sie mit diesem Geld leben soll.

Was ist der Unterschied zum alten System?

Der wesentliche Unterschied zum alten Pensionssystem ist, dass nicht mehr die einkommensstärksten oder letzten Jahre ausschlaggebend für die Pensionshöhe sind, sondern das gesamte Arbeitsleben. Das bedeutet (für fast alle): weniger Pension als nach dem alten System.

Wann kann ich in Pension gehen?

Das gesetzliche Regelpensionsalter beträgt bei Männern 65 Jahre, bei Frauen 60 Jahre. Ab 2024 wird das Pensionsalter für Frauen schrittweise auf 65 erhöht. Für eine Alterspension ist eine Mindestversicherungszeit von 15 Versicherungsjahren notwendig. Für vorzeitige Pensionen gibt es Abzüge. Gehen Sie später, fällt die Pension höher aus.

Was bleibt netto von der Pension?

Von der Bruttopension werden 5,1 Prozent Sozialversicherungsbeitrag und die Lohnsteuer abgezogen. Bei einer Pension von 1.500 Euro brutto bleibt nach Abzügen von Sozialversicherung (76,50 Euro) und Lohnsteuer (150,18 Euro) eine Nettopension von 1.273,32 Euro.

Wo kann man sich über den aktuellen Stand des Pensionskontos informieren?

Wenn Sie Ihre Kontoerstgutschrift erhalten haben, können Sie jederzeit mit Ihrer Bürgerkarte oder Handysignatur bzw. über FinanzOnline in Ihr Pensionskonto einsteigen.

Außerdem können Sie sich an Ihren Pensionsversicherungsträger wenden, der Ihnen einen Kontoauszug per Post zukommen lässt.

Mit dem Pensionsrechner der Arbeiterkammer kann die künftige Pensionshöhe abgeschätzt werden: www.pensionsrechner.arbeiterkammer.at

Weitere Informationen finden Sie unter www.arbeiterkammer.at, www.neuespensionskonto.at

RICHTSÄTZE 2015

Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 872,31 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.307,89
Erhöhung pro Kind:€ 134,59 (jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 827,82
Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten): € 620,87
ab 3. volljährige Person:€ 413,91
1. bis 4. Kind:€ 157,29
ab dem 5. Kind:€ 190,40

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben)
Rezeptgebühr 2015: € 5,55/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze: € 405,98/Monat

Obergrenze für Rundfunk-Telefongebührenbefreiung/Telefontgeltzuschuss (netto):
1 Person:€ 976,99
2 Personen:€ 1464,84
zusätzl. Person/Haushalt: € 150,74

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 168,10; über 3J: € 175,70, über 10J: € 194,60, über 19J: € 217,30
Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern um € 6,70, bei 3 um € 16,60, bei 4 um € 25,50, bei 5 um € 30,80, bei 6 um € 34,30, bei 7 um € 50 pro Kind. Im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren.

Pflegegeld

Stufe 1:€ 154,20
Stufe 2:€ 284,30
Stufe 3:€ 442,90
Stufe 4:€ 664,30
Stufe 5:€ 902,30
Stufe 6: ..€ 1.260,00
Stufe 7: ..€ 1.655,80

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
Herrengasse 16,
8010 Graz
Tel. 0316 / 877 - 5101,
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at



Richtigstellung

ORF-Gebührenbefreiung und
Zuschuss zum Fernsehentgelt

In unserer letzten Nummer schrieben wir, „Personen mit geringem Haushaltsnettoeinkommen können eine Befreiung von der ORF-Gebühr beantragen. Dh. ein Einpersonenhaushalt darf nicht über 960,66 Euro, ein Zweipersonenhaushalt nicht über 1440,35 Euro liegen.“

Das stimmt leider nur teilweise, denn diese Einkommensgrenzen gelten nur dann, wenn es sich um staatliche Transferzahlungen handelt, etwa eine Pension. Wer ein kleines Arbeitseinkommen UNTER dieser Grenze hat, wird nicht von den Gebühren befreit.

Allerdings halten wir das für einen Missstand, der dringend abgeschafft gehört!

Nähere Auskünfte gibt die GIS unter 0810 00 10 80 bzw. <http://www.gis.at/>

Initiative – Kontrolle – Information!

IM GEMEINDERAT AUF EURER SEITE

KPÖ-Vertreter gehen nicht nur bei den Einkommen mit gutem Beispiel voran. Sie setzen sich für praktische Verbesserungen des Zusammenlebens in der Gemeinde ein und geben mit Regionalzeitungen Informationen zur Gemeinde weiter. In Graz und Trofaiach ist die KPÖ zweitstärkste Partei. In Stadt und Land, überall wo die KPÖ vertreten ist, setzt sie sich mit Rat und Tat für die Benachteiligten ein. Sie tut alles, um die schlimmsten Ungerechtigkeiten zu verhindern.



Mit Elke Kahr (links) und Gabi Leitenbauer (rechts) wurde die KPÖ in Graz und Trofaiach zur zweitstärksten Partei.

Sie konnten viele positive Veränderungen in ihren Gemeinden erreichen.



Elke Kahr und die Grazer KPÖ zeigen, was möglich ist, wenn die KPÖ nicht ausgegrenzt wird. Nach unzähligen Kürzungspaketen auf Kosten der Bevölkerung konnte die KPÖ – sie ist in Graz zweitstärkste Partei – durchsetzen:

- keine Erhöhung bei Kanal- und Müllgebühren
- 500 neue Gemeindewohnungen
- GVB-Jahreskarte um 228 statt 399 Euro

Gemeinderatswahl 2015 – KPÖ – Liste 5

**Helfen
statt
reden!**



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

**Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag
im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a**

Helfen Sie mit!

Am Sonntag, 22. März (vorgezogener Wahltag am Gemeindevorstand, Fr. 13. März) werden die Gemeinderäte gewählt. Die KPÖ kandidiert in vielen steirischen Gemeinden als Liste 5. Die KPÖ Steiermark bietet im Gemeinderatswahlkampf diese praktischen Stofftaschen als Hilfe für den Alltag und als Gedächtnisstütze für die Wahl an. Die Stofftaschen sind bei den Infoständen der KPÖ, den Bezirksbüros und über den Webshop www.kpoe-steiermark.at erhältlich.

GEMEINDERATSWAHL 22. 3. 2015

Warum KPÖ wählen?
in Stadt UND Land?

Seit 1.1. ist es fix. Das Land Steiermark hat die Großgemeinde Gratwein-Straßengel eingerichtet. Die KPÖ war stets gegen Zwangsfusionen. Jetzt setzen wir uns dafür ein, dass die Interessen der Bevölkerung aller Ortsteile gewahrt werden. Deshalb wird die KPÖ mit Phillip Reininger bei der Gemeinderatswahl am 22. März kandidieren.

Die KPÖ ist eine neue Kraft in der Marktgemeinde. Ist der Einzug in den Gemeinderat aber ein realistisches Ziel? Wir haben jetzt über 10.000 Einwohner. Im neuen Gemeinderat sind 31 Mandate zu vergeben. Etwa 3 Prozent der Stimmen genügen für den Einzug. Bei der Landtagswahl 2010 hatte die KPÖ in Gratwein 5,3 %, in Judendorf 6,34% und in Eisbachtal 4,61%.

Das Ziel ist realistisch. Aber warum sollte man in Gratwein-Straßengel die KPÖ wählen? Es gibt hier ein großes Angebot an Parteien und Listen. Wir meinen aber, dass der Einfluss im Gemeinderat gleichmäßiger verteilt werden sollte. Schauen wir nach Graz. Dort hat die KPÖ mit Elke Kahr gezeigt, dass sie für die Menschen da ist, ihnen hilft und auch etwas erreicht. Vorbildlich ist der Gehaltsverzicht der Spitzenpolitiker.

➤ Macht braucht Kontrolle. Wo sie vertreten ist, hat die KPÖ oft den Vorsitz im Prüfungsausschuss inne und schaut den Mächtigen auf die Finger.

➤ Die KPÖ ist das einzige Bollwerk gegen Ausgliederung und Privatisierung von öffentlichem Eigentum.

➤ Wir sagen: Wohnen darf nicht arm machen. In Ballungszentren wie dem Großraum Graz muss eine wohnungspolitische Katastrophe vermieden werden. Schließlich braucht Jeder und Jede ein Dach über dem Kopf.

➤ Wir treten für verbindliche Mietzinsobergrenzen, für einen Kautionsfonds und einen Tarif- und Gebührenstopp ein, um die Betriebskosten in Grenzen zu halten. Wie in Graz sollen auch bei uns wieder Gemeindewohnungen gebaut werden.

➤ Wir treten dafür ein, in den früheren Gemeindeämtern Begegnungsstätten mit konsumtionsfreien Räumlichkeiten einzurichten.

➤ Die günstige Grazer Jahreskarte soll auch für die Bewohner von Gratwein-Straßengel gelten. In Seiersberg zahlt die Gemeinde den Zuschuss. Unsere Forderung: Hier muss rasch eine Lösung gefunden werden.

GRATWEIN-STRASSENGEL



Phillip Reininger: „Bisher haben wir drei Bürgergespräche und Sozialberatungen durchgeführt. Die diesbezüglichen Rückmeldungen geben mir die Hoffnung, dass wir den Einzug in den Gemeinderat schaffen können.“

Das geht aber nur mit Ihrer Hilfe und mit Ihrer Unterstützung am 22. März.“

Wir stehen für

- Leistbares Wohnen
- Beratung und Hilfe
- Familien fördern



Helfen statt reden!

„Ich bin seit 2006 im Sozialbereich tätig. Meine Arbeit als Berater von Menschen mit geringem Einkommen wurden immer wieder durch willkürliche Entscheidungen von Behörden, von herrschenden Missständen und Rechtswidrigkeiten behindert. Auch nach Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten war ich auf Hilfe verwiesen: Nur die KPÖ war willens, genannte Missstände aufzudecken und mit geeigneten Mitteln zu bekämpfen. Ich wurde schließlich anhand von konkreten Fällen überzeugt, dass „helfen statt reden“ bei der KPÖ nicht nur Programm ist, sondern täglich gelebter Alltag. Ich freue mich daher, für die KPÖ zur Gemeinderatswahl 2015 anzutreten!“

Mit besten Grüßen, Phillip Reininger



KPÖ

Liste 5 – die Gemeindeliste

GÖSSENDORF



Hannes Urdl, Gemeinderatskandidat der KPÖ in Gössendorf

Arm und Reich

Es ist im Kleinen wie im Großen. Auch in der Gemeinde sehen wir den Prozess, der sich in der gesamten Gesellschaft abspielt: Es gibt bald nur mehr Reich und Arm. Die Mittelschicht wird von den Konzernen aufgefressen.

Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass ich als geborener Gössendorfer bei dieser Gemeinderatswahl kandidiere. Mein Großvater war zwar bei der ÖVP, die Arbeit und die Erfolge von Ernest Kaltenegger und Elke Kahr haben mich aber von der KPÖ überzeugt. Hier wird den Menschen wirklich geholfen und etwas weitergebracht.

In Gössendorf gibt es viele Probleme. Zum Beispiel die Hochwasserproblematik. Besonders aktuell ist die Frage Jahreskarte. Hier sollte man eine Lösung wie bei der Monatskarte finden. Eine Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr um 228 Euro für die Gössendorfer Bevölkerung anzubieten, das ist die Aufgabe der Gemeindepolitik in Gössendorf. Graz kann nur für die Grazer handeln, Gössendorf muss für die Gössendorfer da sein.

**Ihr Hannes Urdl,
Gemeinderatskandidat der KPÖ in
Gössendorf**



FELDKIRCHEN



Gefahr für Fußgänger

Die Begleitstraße zum Flughafen neben der Eisenbahn in Feldkirchen ist von der Bevölkerung seit jeher als eine Art Geh- und Radweg betrachtet worden. Jetzt ist es durch Beschluss der Gemeindegemeinde eine Straße mit 50er-Beschränkung. Manuel Gosch: „Das ist nicht in Ordnung, weil es

kleine Kinder gibt, die den Weg benutzen und auch Fußgänger! Wo ist da die Sicherheit?! Sicher ist nur eines das man von einem Auto angefahren werden kann!“

Hier wäre ein Fahrverbot für motorisierte Fahrzeuge oder zumindestens eine 30 km/h Beschränkung angebracht

Nicht an die eigene Tasche denken

*Von Sener Edepali,
Kandidat der Liste 5 in
Feldkirchen*

Ich wohne in Feldkirchen. Von der Berufsausbildung her bin ich Bürokaufmann, ich arbeite als LKW-Fahrer, ich bin verheiratet, meine Frau Seda arbeitet als Verkäuferin. Wir haben einen Sohn und erwarten ein zweites Baby im März. Ich stamme aus Kurdistan, bin vor fast 20 Jahren in die Steiermark gekommen und bin österreichischer Staatsbürger.

Warum kandidiere ich bei der Gemeinderatswahl für die KPÖ? Ganz einfach: Die KPÖ ist – wie ich – für soziale Gerechtigkeit, sie spricht aus, was andere verschweigen. Bei der KPÖ sind ehrliche



Leute, die nicht an die eigene Tasche denken.

Mein Vorbild ist die Arbeit der KPÖ in Graz. Wohnungstadträtin Elke Kahr hat dort gezeigt, dass es auch anders geht: Sie gibt einen großen Teil ihres Politeinkommens für Menschen aus, die das brauchen. Helfen statt reden! Mit diesem Satz kann man zusammenfassen, was KPÖ in der Steiermark und in Graz heißt. Es wäre gut, wenn es mit Ihrer Hilfe in Zukunft die KPÖ auch in Feldkirchen als soziales Gewissen im Gemeinderat geben könnte.

Der andere

Der Regress in der Steiermark ist gefallen. Dazu haben viele, viele Unterschriften aus der gesamten Steiermark beigetragen. Über 2000 davon sind von der Familie Gosch aus Feldkirchen gekommen. Ihre Initiative hat zu einem Schneeballeffekt geführt. Erich und Manuel Gosch: „Wir haben mit einem einzigen Zettel angefangen und es sind immer mehr geworden.“

Mit dieser Aktion sind sie auf die KPÖ und ihre Initiativen gestoßen: „Uns hat die Haltung dieser Partei zum Regress und zu sozialen Fragen imponiert. Elke Kahr hat in Graz gezeigt, dass es auch anders geht wie sonst bei den Politikern: Sie gibt einen großen Teil ihres Politeinkommens für Menschen aus, die das brauchen. Bei der KPÖ sind ehrliche Leute, die nicht an die eigene Tasche denken. Es wäre gut, wenn es mit Ihrer Hilfe in Zukunft die KPÖ auch in Feldkirchen als soziales Gewissen im Gemeinderat geben könnte.“

Jetzt steht die Gemeinderatswahl vor der Tür. Erich und Manuel Gosch wollen es auch diesmal wis-

Gemeinderatswahl 2015 – KPÖ – List

Helfe statt rede



Erich Gosch



Offen und ehrlich. Erich und Manuel Gosch kandidieren für den Gemeinderat in Feldkirchen bei Graz.

sen. Der Grund: in der Politik ist vieles nicht in Ordnung. Die Namen Voves und Schützenhöfer stehen für diese falsche Politik.

Der Bürgermeister von Feldkirchen hat den gleichen Namen wie der KPÖ-Kandidat: Erich Gosch.

Es wäre gut, wenn es in unserem Gemeinderat nicht nur einen Erich

Gosch geben würde. Auch in der Gemeinde braucht man einen frischen Wind. Wir brauchen ein soziales Gewissen für Feldkirchen, wir brauchen jemanden, der ausspricht, was die anderen verschweigen, und der auf die arbeitenden Menschen schaut.

Erich und Manuel Gosch werden durch den LKW-Fahrer Sener Edepali unterstützt.

Erna Kumpel

Voves und Schützenhöfer wollen, dass unsere Enkel keine Schulden haben. Aber ehrlich gesagt, wir sind da großzügig: Wenn unsere Kinder und Enkel irgendwelche Schulden hätten, wir würden sie ihnen vergeben und erlassen.



VASOLDSBERG

Ein Haus – zwei Volksschulen

In der Vasoldsberg gibt es seit 2011 eine bizarre Situation. Die Gemeinde beherbergt zwei Volksschulen, eine private und eine öffentliche. Beide sind im selben Gebäude untergebracht. Während jahrelang kein Geld für die öffentliche Volksschule da war, wurden seit Gründung der privaten Hügellandschule Hunderttausende für Aus- und Zubauten aufgewendet. Trotz des gleichen Gebäudes sind die Schulen strikt getrennt, sogar die Betreuung der Kinder am Nachmittag. Nun heißt es, dass die öffentliche Volksschule möglicherweise geschlossen wird, wenn sich die Schülerzahl nicht erhöht – seit es die private Hügellandschule gibt, hat sie sich aber stets verschlechtert.

Wir sind gegen eine Zwei-Klassen-Bildung und wollen, dass es nur eine öffentliche Volksschule in Vasoldsberg gibt. Dadurch können Klassen wieder regulär geteilt und die Qualität im Unterricht und der Nachmittagsbetreuung für alle verbessert werden!

Mario Radman ist KPÖ-Gemeinderatskandidat in Vasoldsberg



Gefährliche Straßen

Viele Probleme gibt es beim Straßenverkehr in Vasoldsberg. Die Einwohner tragen die Missstände regelmäßig zum Bürgermeister – wo sie in der Schublade verstauben. Es müssen endlich die dringendsten Problemfelder angegangen werden wie die Errichtung von Bremsschwellen befahrenen Seitenstraßen sowie sichere Überquerungsmöglichkeiten für Kinder auf der vielbefahrenen Hauptstraße (z.B. Haltestelle Eisenstraße).

PÖLLAU

Kommentar von Jürgen Höfler



Enteignung im Geldbörstel

Viele Menschen fürchten sich davor, dass ihnen die „Roten“ ihr Eigentum wegnehmen würden. Wenn von der Reichensteuer gesprochen wird, glaubt man gleich, dass auch der eigene Grund und Boden – wenn er noch so klein ist – in Gefahr ist. Die Superreichen und die Großgrundbesitzer sind ja sehr geschickt. Sie verstecken sich hinter der Mittelschicht, um weiterhin ihre Privilegien genießen zu können.

Dabei gibt es eine Enteignung, die sich Tag für Tag im Geldbörstel abspielt. Wer Ersparnisse hat, muss bald dafür zahlen, wenn er sein Geld auf die Bank legt, die Lohn- und Pensionserhöhungen werden von Inflation, Abgaben und Steuern aufgeessen. Rohöl wird immer billiger, an den Tankstellen werden die Preise viel langsamer gesenkt.

Daran sollte man denken, wenn ein gut bezahlter Professor wieder im Fernsehen auftritt und die Reichen verteidigt.

KPÖ-Gemeinderatskandidat Jürgen Höfler (Pöllau)

Jürgen Höfler war bis zur Gemeindefusion Gemeinderat in Schöneegg bei Pöllau



Mit Glück ...

Seiersberg-Pirka

Maria Müller für Kinder- und Jugendrechte

Seit 1. Jänner 2015 hat Seiersberg-Pirka über 10.000 Einwohner und ist damit eine Großgemeinde.



Maria Müller ist KPÖ-Gemeinderatskandidatin in Seiersberg-Pirka.

Bevölkerungswachstum, Verkehrsprobleme – auch durch das Einkaufszentrum –, rege Bautätigkeit, Luftverschmutzung und die Pendlerproblematik prägen Seiersberg. Viele Probleme entstehen dadurch, dass die Koordination mit Graz zu wünschen übrig lässt.

Bei den Landtagswahlen haben viele Seiersberger die KPÖ gewählt. Jetzt steht die KPÖ zum ersten Mal auch bei der Gemeinderatswahl auf dem Stimmzettel.

Maria Müller (52) wohnt in der Mitterstraße. Sie hat kein leichtes Leben gehabt: „Ich hab mich immer durchkämpfen müssen. Schon im Lebensmittelgeschäft meiner Eltern habe ich stets mitgearbeitet und dann allein zwei Kinder großgezogen, nachdem mein Mann früh gestorben ist. Ich weiß, wie es den Leuten wirklich geht. Die KPÖ habe ich durch die Mitarbeit in Kinderland kennengelernt. Und ich habe große Achtung vor Elke Kahr und der Arbeit der Grazer KPÖ.“

Ihr großes Anliegen sind die Kinder- und Jugendrechte: „Wenn man bei einer Ferienaktion mitarbeitet, dann sieht man, wie wichtig es ist, dass Kinder von der Straße

wegkommen. Und man sieht, welche Verhältnisse es auch hierzulande noch oder schon wieder gibt.“

Deshalb wendet sie sich entschieden gegen das Streichen von Förderungen für Kinder und Familien. Und sie wendet sich dagegen, dass die Zuschüsse für Ferienaktionen gekürzt oder gestrichen werden: *„Es wird so viel Geld in überflüssige Sachen gesteckt, aber bei den Kindern wird gespart. Das sehe ich nicht ein.“*

Wichtig ist es auch, dass die Menschen, das, was ihnen zusteht, auch bekommen. Hier sind bessere Informationen und Unterstützungen notwendig. Die Sozialberatung der Grazer KPÖ ist in diesem Zusammenhang vorbildhaft. Maria Müller will solche Beratungen in Zusammenarbeit mit Elke Kahr auch in Seiersberg-Pirka durchführen.

Feldbach:

Mehr Arbeitslose

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ist im Bezirk Feldbach im Dezember 2014 um 9,7 Prozent gestiegen. Insgesamt waren 3245 Menschen als arbeitslos gemeldet. Dieser Entwicklung darf man nicht tatenlos zusehen!



Markus Pendl, KPÖ-Gemeinderatskandidat in Feldbach.

Kinderbetreuung LKH

Feldbach. Das LKH ist ein Betrieb mit 1200 Beschäftigten, überwiegend Frauen. Hier fehlt aber eine betriebliche Kinderbetreuungsstätte wie in anderen steirischen Krankenhäusern. Viele können deshalb nach der Karenz ihrer beruflichen

Tätigkeit nicht nachgehen, weil sie keine passende Kinderbetreuung finden. Tagesmütter und private Krabbelstuben sind oft nicht leistbar und können eine betriebliche Kinderbetreuungsstätte nicht ersetzen.

Gemeindewohnungen

Der Gemeinderat von Feldbach hat im Dezember beschlossen, dass keine Gemeindewohnungen mehr verkauft werden dürfen. Dieser positive Beschluss muss auch in der neuen Großgemeinde

beachtet werden. Die Wohnungsprobleme können nämlich nur dann gelöst werden, wenn der kommunale Wohnbau angekurbelt wird und wenn fixe Mietzinsobergrenzen eingeführt werden.

Gesundheit: Die Misere wird offenbar

Feldbach. Die Gesundheitspolitik in der Steiermark steht vor einem Scherbenhaufen. Die „Reform“ auf Kosten von Personal und Patienten hat große Verschlechterungen der Qualität gebracht. Spätestens mit dem am 1. Jänner in Kraft getretenen neuen Ärztarbeitsgesetz wird die Misere offenbar.

Es gibt immer längere Wartezeiten, Ärztinnen und Ärzte wandern ab oder machen sich selbständig.

Es wird schon wieder von der

Schließung von Krankenhäusern und Abteilungen gesprochen. Der Spitalsverbund Feldbach-Fürstenfeld hat nicht die versprochenen positiven Auswirkungen gezeigt. Außer Umstrukturierungen und der Verlagerung von Belastungen, hat das alles nichts gebracht. Es gibt keine Sanierung des Problems.

Die „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP lobt sich jetzt selbst über den grünen Klee. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sprechen aber eine andere Sprache.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat! **KPÖ** **wirkt!**
Graz, Landhaus
Vor Anmeldung erbeten

Verkaufsverbot am Bauernmarkt

Hubert Hütter betreibt mit seiner Frau seit 50 Jahren eine Kleinlandwirtschaft in Kumberg. Um ihre Produkte im Ort verkaufen zu können, gründeten Kumberger Bauern vor über 25 Jahren einen Bauernmarkt. Den Markt gibt es noch immer, Herr Hütter darf dort aber nicht mehr verkaufen.



Nicht alles ist idyllisch in Kumberg: Mitbegründer des Bauernmarktes darf nicht mehr verkaufen

Jahrzehntlang ist Altbauer Hütter jeden Samstag in Kumberg anzutreffen gewesen, wo er Gemüse und Pflanzen aus eigener Produktion verkaufte. In den 90er-Jahren wurden von den Bauern dafür drei Markthütten auf Privatgrund errichtet. Die Gemeinde unterstützte die Errichtung finanziell, für den Privatplatz gab es einen Pachtvertrag bis 2016. Der wurde aber ohne Zustimmung von Herrn Hütter aufgelöst.

Der Neubau wurde dann auf öffentlichem Grund (Parkplatz) errichtet. Herr Hütter ist 70 und hätte erneut eine vierstellige Summe investieren müssen. Dieses Risiko konnte und wollte er nicht eingehen. Daraufhin wurde ihm nach 25 Jahren untersagt, am Bauernmarkt zu verkaufen.

Er war damit zufrieden, mit einem einfachen Verkaufstisch

weiterhin am öffentlichen Parkplatz Gemüse und Pflanzen anbieten zu können. Aber auch dagegen gab es Widerstand. Plötzlich hieß es, Herr Hütter dürfe nur mehr Pflanzen verkaufen, kein Gemüse. Und der Gemeinderat hat beschlossen, dass der Bauernmarkt zwar den Parkplatz benutzen darf, aber nur auf der Fläche des Neubaus.

Es folgte eine Klagsdrohung einer Bauernvertreterin und andere Versuche, Altbauer Hütter einzuschüchtern. „Warum darf ich als Kumberger Altbauer den Betrieb nach Übergabe nicht unterstützen und meine Pflanzen und mein Gemüse verkaufen? Das war ein wichtiges Einkommen für den Betrieb!“

Der Vertrag wäre noch bis 2016 gelaufen. Offenbar wurde Herr Hütter als unliebsame Konkurrenz wahrgenommen, er wurde wohl Opfer eines Machtspiels.

Mojita: Allein von Bruck nach Feldkirchen

An dieser Stelle hätte die Suchanzeige für die Glückskatze der Brucker KPÖ-Gemeinderatskandidatin Kirsten Tuller erscheinen sollen. Zum Glück ist Mojita längst wieder zuhause. Gefunden wurde sie im 65 km entfernten Feldkirchen bei Graz. Dank der Arche-Noah-Tierrettung und aufmerksamen Helfern, konnte die allein zugefahrende Katze heim nach Bruck geholt werden.



Griechenland:

Was zu viel ist, ist zu viel



Die Wahl in Griechenland war ein wichtiges Signal: Was zu viel ist, ist zu viel. Die Bevölkerung will ein Ende von Sozialabbau und Kürzungspolitik, sie hat der EU und den Troikakommissaren die rote Karte gezeigt.

Jetzt gibt es dort eine neue Regierung. Sie kann ihre Wahlversprechen aber nur dann verwirklichen, wenn sie – mit Unterstützung der Bevölkerung – eine feste Haltung gegenüber Brüssel zeigt. Das ist nicht einfach. Und viele linke Regierungen haben ihre Anhänger schon enttäuscht – zuletzt die SP in Frankreich. Die Töne aus Athen klingen aber bisher anders.

Wir sind in dieser Auseinandersetzung keine Zuschauer. Es ist notwendig, unserem eigenen Land

gegen Sozialabbau und neoliberale Politik zu kämpfen.

Und dabei darf man eines nicht vergessen: Die Verlierer dieser Wahl waren die griechische SP und die griechischen Christdemokraten, die Schwesterparteien von Voves und Schützenhöfer, gewonnen haben die Linken und die Kommunisten.

Auch bei uns gibt es Sozialabbau, werden Sozialleistungen gekürzt und Arbeitsplätze gestrichen, damit die Vorgaben der EU eingehalten werden.

Die Politik der steirischen „Reformpartnerschaft“ aus SPÖ und ÖVP hat mehr mit Griechenland zu tun, als zugegeben wird. Das wollen die Herrschaften jetzt vergessen machen.

Neos für die Reichen

Sie waren schon interessanter als heute. Aber sie gelten noch immer als neu und kommen täglich in den Medien vor: die NEOS.

Dabei sind sie das zweite Eisen im Feuer für die Industriellenvereinigung. Sie machen Politik für die Reichen und gegen die Arbeiter und Pensionisten. Kein Wunder: Sie kommen selbst aus besseren Kreisen und sind von Beruf beispielsweise Mitarbeiter des VP-Parlamentsklubs und des

Wirtschaftsbundes sowie Unternehmensberater (Matthias Strolz) oder Geschäftsführer einer Immobiliengesellschaft wie der steirische Landessprecher Uwe Trummer. Sie sind die Schlimmsten Einpeitscher EU-Schuldenpolitik.

Die ÖVP kann sich ruhig aufspalten. Aber Menschen, die wirklich wollen, dass sich etwas zum Besseren ändert, sollten Parteien und Kandidaten wählen, die für die Leute da sind.

BEGINN UND ENDE EINER SPIELERKARRIERE IN DER STEIERMARK, TEIL 2

„Verloren und ohne Perspektive“

Im unserer letzten Ausgabe erzählte ein Spieler, wie er durch seine Spielsucht seine Arbeit, seine Familie, seine Existenz verloren hat. Schließlich hat ihn seine Sucht sogar ins Gefängnis gebracht. Mit seiner Beschreibung, wie es dazu kam, möchte er andere warnen, damit sie nicht dieselben Fehler begehen und ins Verderben rennen.

Im ersten Teil habe ich beschrieben, wie ich bei meinem ersten Besuch im Casino den Jackpot geknackt habe, das Geld dann nach und nach wieder verspielt habe und schließlich im Gefängnis gelandet bin. 2010 wurde ich wieder entlassen. Vorher hatte ich mich im Casino sperren lassen.

Durch die Sperre im Casino fühlte ich mich „sicher“ vor dem Automaten spiel. Mir war es wohl geläufig, dass man in verschiedenen schmutzigen Spielstätten auch an Automaten spielen konnte, doch mied ich diese Lokale. Es sei ja nur ein „kleines Glücksspiel“, und wenn ich im richtigen Casino schon verliere, wird es dort noch viel schlimmer sein.

Rückfällig

Eines Tages im Jänner 2010 ging ich schließlich doch mit einer

Mischung aus Neugier und dem für mich unbestimmbaren Kribbeln im Bauch in eine dieser Spielstätten. Ich wusste nicht, dass ich längst abhängig war – neugierig sein, kontrolliert spielen, das müsste doch möglich sein! Zu diesem Zeitpunkt war ich beruflich auf einem guten Weg. Dass ich 2000 Euro meines verdienten Geldes in der Tasche hatte, erhöhte die Verlockung. Das schaffte Ruhe und Zufriedenheit. Einmal probieren, das kann doch nicht so schlecht sein. Und irgendwie wollte ich diese Erfahrung mit dem kleinen Glücksspiel auch machen.

Mein erster Gedanke war: Mit 50 Cent Einsatz kann ich auch nicht viel verlieren... So ging ich hinein und hielt einige Münzen parat. Gleich am ersten Automaten fiel die erste Münze durch, ich warf eine andere ein, auch die fiel durch. Bei drei, vier Automaten dasselbe,

mit Münzen kann man hier nicht spielen, dachte ich. Also schob ich 50 Euro in den Schlitz. Der Fünziger schnell weg. Es folgten ein zweiter und ein dritter. Ich spielte weiter und wollte nur meine 150 Euro zurück. Ich schließlich schob ich die ganzen 2000 Euro in den Automaten und war nicht einmal eine Stunde dort. All mein Geld war weg und ich war über mich selbst entsetzt.

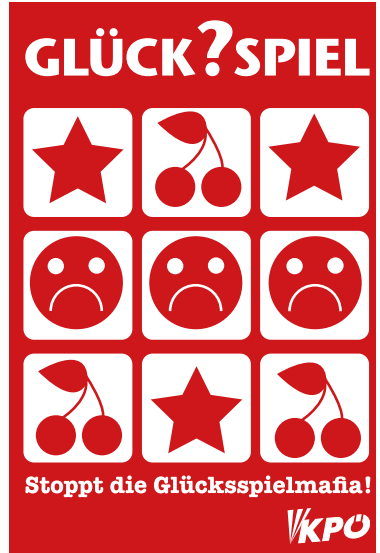
Freundin hintergangen

Im September 2010 war meine Freundin für ein paar Tage verreist. In der gemeinsamen Wohnung fand ich einige tausend Euro. Geld, welches sie angespart hatte. Ich wollte meiner Freundin das Geld nicht stehlen, ich wollte für uns etwas dazugewinnen. Doch das Geldbündel schrumpfte gegen Null.

Dann verlor ich auch ihren Schmuck. Ich begriff nur langsam, was ich da angerichtet hatte.

Verurteilt

Ich wurde schließlich zu fünf Jahren Haft verurteilt. Nun bin ich im Gefängnis. Verloren und ohne Zukunftsperspektiven. Manchmal denke ich mir, schade dass ich kein



Tiroler bin oder Salzburger. Dort gibt es keine Automaten bzw. sie wurden verboten. Dort wäre ich nicht aus Neugier verlockt worden und mit Sicherheit nicht im Gefängnis, hätte Freunde, Freude und ein Leben, welches ich nicht verspielt hätte. „Wetten, Sie gewinnen...“ heißt es in der Werbung. Wetten, Sie verlieren!

Der Autor ist dem Grazer Stadtblatt namentlich bekannt.



Seit Jahren macht die KPÖ mit Aktionen auf die Suchtproblematik aufmerksam. Nächster Termin: 9. Februar 2015, 10:30, Herrengasse, Landhaus

Jugendliche über Gefahren aufklären

Im größten Bundesland, Wien, ist das kleine Glücksspiel seit Jahresanfang verboten. Dagegen haben uns SPÖ, ÖVP und FPÖ in der Steiermark das liberalste Glücksspielgesetz Österreichs beschert. Ab 2016 darf in unserem Bundesland an Automaten mit den höchsten Einsätzen gespielt werden. Die Spielsucht nimmt weiter zu. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, Jugendliche über die Gefahren der Spielsucht rechtzeitig aufzuklären. Die KPÖ hat deshalb einen Antrag an den zuständigen Landesrat Schickhofer eingebracht, in dem eine Aufklärungskampagne an steirischen Schulen vorgeschlagen wird.



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „45 Prozent der Spielsüchtigen waren jünger als 18, als sie mit dem Spielen begonnen haben. Die Folgen der Spielsucht sind den Jugendlichen kaum bewusst. Eine Aufklärungskampagne an den Schulen ist dringend notwendig, nachdem ab 2016 leider um noch höhere Beträge gespielt werden darf.“

Montag 9. Februar, 10:30 Uhr Protestaktion vor dem Grazer Landhaus



Für den Ausstieg aus dem kleinen Glücksspiel

Wir laden dazu ein, der steirischen Landesregierung (SPÖ, ÖVP und auch FPÖ, die das Gesetz unterstützt hat) mitzuteilen, dass wir für ein Verbot der Mini-Casinos eintreten. Mo. 9. Februar, 10.30 bis 12 Uhr. Die Stadt Wien hat mit dem Verbot des Automatenspiels (seit 1.1. 2015) gezeigt, was möglich ist.

Der Ausstieg der Stadt Wien aus dem Automatenspiel war ein gutes Signal. Wir möchten mit unserem Protest der steirischen Landesregierung (SPÖ, ÖVP, FPÖ) mitteilen, dass wir für ein Verbot der Mini-Casinos eintreten. Sie haben schon zu viel Schaden angerichtet.

Claudia Klimt-Weithaler



Landesregierung geht in die Knie Glücksspielgesetz: Was ist ab 2016 neu?

Ein Ausstieg der Steiermark aus dem „kleinen Glücksspiel“ wäre ab 2016 nach Wiener Vorbild möglich gewesen. Doch SPÖ, ÖVP und FPÖ haben gemeinsam durchgesetzt, dass ab 2016 sogar noch höhere Einsätze möglich sind.

- Der Höchstesatz beträgt dann statt 50 Cent 10 Euro – pro Sekunde! So wird es – legal – möglich sein, in 24 Stunden 828.000 Euro zu verspielen!
- Die Zahl der Automaten ist ab 2016 steiermarkweit auf 1009 Stück limitiert. So viele, wie das Bundesgesetz höchstens zulässt.
- Drei Lizenzen werden für 12 Jahre an Glücksspielkonzerne vergeben.
- Automatenpiel ist nur in eigenen Mini-Casinos erlaubt, die Einzelanstellung in Tankstellen, Gasthäusern etc. wird eingestellt.



So will die KPÖ das Glücksspiel regeln:

- Keine Geschäfte mit der Spielsucht: Ausstieg des Landes Steiermark aus dem „kleinen Glücksspiel“
- Aufklärungskampagne für Jugendliche an steirischen Schulen – viele Spielsüchtige waren jünger als 18, als sie mit dem Spielen angefangen haben
- Verbot von Werbung für Glücksspiel und Sportwetten

Regierungskommissäre als Wahlkämpfer

2015 ist Gemeinderatswahl. In fusionierten Gemeinden wird vom 1.1. 2015 bis zur Wahl im März oder April ein Regierungskommissär eingesetzt, meist der Bürgermeister der größten Gemeinde. Sie sollten als überparteiliche Verwalter in der Zeit wirken, in der es keine demokratisch gewählte Gemeindevertretung gibt. Das Agieren einiger Regierungskommissäre ist grenzwertig.

– Der Spielberger Regierungskommissär distanziert sich von der KPÖ.

– Der Kapfenberger Regierungskommissär macht Fremdenpolitik.
– Der Knittelfelder Regierungskommissär beruft eine Bürgerversammlung ein. Sie handeln als Parteifunktionäre und Wahlkämpfer. Ist das durch die Verwaltungsfunktion gedeckt, die sie jetzt haben? Vom Land entsandte Regierungskommissäre in Krisengemeinden (Beamte) haben bisher in der Regel sehr diskret gehandelt und keine Medienpolitik gemacht.

2015: 70 Jahre Befreiung vom Nazi-Faschismus

2015 feiern wir 70 Jahre Befreiung Österreichs von der deutschen Gewaltherrschaft. Anlass, all jener aus Österreich und vielen anderen Ländern stammenden Menschen zu gedenken, die ihr Leben für ein freies Österreich opferten.

„Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“

Die letzten Opfer der nationalsozialistischen Justiz in Graz vor 70 Jahren

Vor 70 Jahren saßen im Landesgericht Graz Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, die von den nationalsozialistischen Gerichten wegen ihrer Aktivitäten gegen das Regime zum Tode verurteilt worden waren.

Frieda Hauberger

Eine von ihnen war Frieda Hauberger aus Kapfenberg, die in einem Interview 1988 berichtete, wie sie nach der Urteilsverkündung in die Zelle 57, die „Todeszelle“ im Landesgericht, gebracht worden war, wo sieben Betten standen: „Immer wieder habe ich Zuwachs bekommen. Da war einmal die Leitner Anni aus Judenburg, dann kamen drei Frauen aus Kärnten, dann eine Mutter von drei Kindern. Wenn man alle umgebracht hatte, war ich wieder alleine.“ Die genannten Frauen unterstützten die Partisanengruppen im obersteirischen Judenburg bzw. im Kärntner Lavanttal und wurden im Jänner 1945 im Keller des Landesgerichts in Graz hingerichtet.

Frieda Hauberger war am 20. April 1944 gemeinsam mit anderen Mitgliedern einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Kapfenberg verhaftet worden. Sie hatte seit Herbst 1943 einen Kurierdienst zu den slowenischen Partisanen nach Laško aufgebaut, wohin sie 1944 gefährdete steirische Widerstandskämpfer gebracht und auf dem Rückweg Sprengstoff mitgenommen hatte, mit dem auf der Bahnstrecke zwischen Kindberg und Kapfenberg die Schienen gesprengt wurden.

Während ihr Mann, Otto Hauberger, im Zuge der Festnahme angeschossen worden war und angeblich zwei Wochen später in Haft Selbstmord begangen haben soll, wurden Frieda Hauberger sowie ihre Mitstreiter Maximilian

Haitzmann und Franz Büschinger am 28. November 1944 in Graz zum Tode verurteilt. Im Urteil heißt es dazu: „Sie haben sich in der Zeit von 1942 bis März 1944 in den Dienst der kommunistischen Partei und der slowenischen Banden gestellt, denen Maximilian Haitzmann und Siegfriede Hauberger auch Leute zugeführt haben, und sich dadurch der Vorbereitung zum Hochverrat und der Feindbegünstigung schuldig gemacht.“

Fallbeil verschwunden

Nachdem Ende März 1945 ein Justizbeamter das Fallbeil im Landesgericht verschwinden ließ, waren Hinrichtungen hier nicht mehr möglich. So wurden sechs zum Tode verurteilte Widerstandskämpfer am 7. April 1945 von Grazer Gestapobeamten aus den Zellen im Landesgericht abgeholt und in die SS-Kaserne nach Wetzelsdorf gebracht, wo sie erschossen wurden. Frieda Hauberger kam ins Gericht nach Wels und wurde einen Monat später von den US-Truppen befreit.

Die Geschichte dieser Widerstandsgruppe ist eine von vielen,

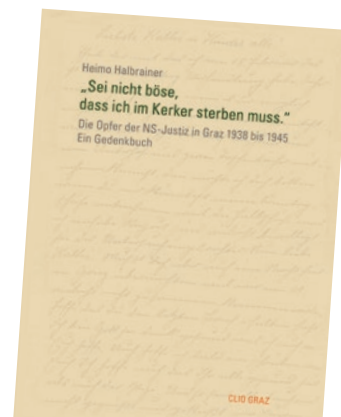
die im eben erschienenen Buch „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss. Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945“ vorgestellt werden. In der Hinrichtungsstätte im Keller des Landesgerichts Graz wurden in den knapp mehr als 18 Monaten ihres Bestehens von Ende August 1943 bis Mitte März 1945 insgesamt 155 Personen exekutiert. Darunter waren 23 Soldaten, die von verschiedenen Gerichten der Wehrmacht wegen Desertion und Wehrdienstverweigerung zum Tode verurteilt worden waren. Zuvor waren 62 in Graz zum Tode verurteilte Widerstandskämpfer nach Wien überstellt und in der Hinrichtungsstätte des dortigen Landesgerichts exekutiert worden.

Gedenkbuch

Das Gedenkbuch gibt diesen in Graz und Wien Hingerichteten nun ihre Geschichte zurück. Es behandelt den Terror der nationalsozialistischen Gerichte in der Steiermark und erzählt die Geschichte nach der Befreiung 1945 weiter: nämlich wie mit den Opfern der NS-Justiz umgegangen wurde und was mit den NS-Richtern geschehen ist.



Die Widerstandskämpferin Frieda Hauberger entging der Hinrichtung.



Heimo Halbrainer, „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“ Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch. Geb. 384 Seiten mit rund 200 Abb., (ISBN 978-3-902542-14-4) CLIO: Graz 2014, Euro 25,00 (Bestellung: verlag@clio-graz.net)

Josef M. Presterl, „Im Schatten des Hochschwab“ Eine literarische Beschreibung der Befreiungstage in der Steiermark schrieb Josef Martin Presterl 1947. Das Buch mit dem Titel „Im Schatten des Hochschwab“ konnte erst Jahrzehnte später bei CLIO erscheinen.



Presterl wurde aufgrund falscher Anschuldigungen 1948 in Jugoslawien hingerichtet. ISBN: 978-3-902542-09-0



Befreiung des KZ Mauthausen, Mai 1945

wikicommons, Cpl Donald R. Ornitz, US Army



von Ulrike Pendl

Unser Tipp fürs tägliche Leben

Suppenhuhn

(stärkt das Immunsystem in der kalten Jahreszeit)

1 ganzes Huhn ca. 1,4 kg

2-3 Karotten, ½ Sellerieknolle, 1 Fenchelknolle, Grünzeug

1 kleine Zwiebel

3-4 Lorbeerblätter, Wacholderbeeren, 6-8 Stk. Schwarzer Pfeffer, Salz.

Zubereitung: EINFACH – SCHNELL – GUT

(nach der Fertigstellung kann die Suppe 2-3 Tage im Kühlschrank aufbewahrt werden)

Huhn putzen, waschen und mit der Haut in einen großen Topf geben
Karotten putzen und in kleine Stücke schneiden, Fenchel, Sellerie, Zwiebel ebenso. Das Ganze mit kaltem Wasser bedecken

Lorbeer, Wacholder Pfeffer, Salz dazugeben

Alles ca. 1 ½ bis 2 Stunden offen bei kleinster Hitze köcheln lassen.

Anschließend die Haut vom Huhn ablösen, das Huhn in kleine Stücke zerteilen und wieder zur Suppe geben.

GUTEN APPETIT !

(wer will, kann auch Suppennudeln dazugeben)



© wikivommonsFrank C Müller



© Kzenon - fotolia.com

Grippaler Infekt

hat es dich auch erwischt? Nimm nicht gleich synthetische Arzneien aus der Apotheke probier OMAS HEILMITTEL

Erster Schritt zur Genesung: BLEIB ZU HAUSE und im BETT! – sonst steckst du andere auch noch an.

Trink 3-4 mal täglich Ingwertee (stärkt das Immunsystem) 1-2 Scheiben frischen Ingwer in ein Häferl geben, mit heißem Wasser aufgießen, 2-3 Min. ziehen lassen, wer will kann das Getränk mit etwas Honig süßen. Zusätzlich viel trinken (verschiedene Tees oder Mineralwasser)**Bei Husten:** schwarzen Rettich aushöhlen mit Rohrzucker oder braunen Kandis auffüllen, in ein Schüssel stellen.

Nach 1-2 Stunden hat sich ein Sirup gebildet

Über den Tag verteilt Teelöffelweise genießen (schmeckt auch Kindern) nach 3-4 Tagen neuen Rettich zubereiten

INHALATIONEN mit Meersalz und getrockneten Holunderblüten wirken krampflösend und befreien die Atemwege.

In eine Schüssel 4 EL. Salz und eine Handvoll Holunderblüten geben, mit 1 l heißem Wasser aufgießen.

Handtuch über den Kopf und mehrmals tägl. 2-3 min. inhalieren!

Bei Fieber sind Apfelessig-Socken sehr wirksam.

*Tritt nach 2-3 Tagen keine Besserung ein,
ist ein Arztbesuch zu empfehlen !***GUTE BESSERUNG!**

Streuobstsorte des Jahres 2015

Anna Späth

Die Vielfalt in unseren Obstgärten ist bedroht. Mit der „Streuobstsorte des Jahres“ wird eine Sorte stellvertretend für alle gefährdeten Obstarten ins Rampenlicht gerückt. Die Zwetschke Anna Späth ist die Botschafterin der Vielfalt für 2015.

ARGE STREUOBST – Österreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Streuobstbaus und zur Erhaltung obstgenetischer Ressourcen

Anna Späth ist eine ausgesprochen wohlschmeckende, große Zwetschke die gleichzeitig mit der bekannten und verbreiteten Hauszwetschke reift. Die Sorte Anna Späth hat ihren Ursprung in Österreich-Ungarn. Der Baumschulbesitzer Franz Späth taufte sie nach seiner Urgroßmutter Anna, die Besitzerin der Baumschule von 1782-92 war. Er verkaufte ab 1874 Bäume der Sorte. Streuobstbestände liefern wertvolles Tafel- und Verarbeitungsobst. Die wichtigste Zutat für Zwetschkenröster und Powidl sind wohlschmeckende Früchte, wie jene der seltenen Zwetschken Sorte Anna Späth. Informationen: www.arge-streuobst.at



Wohin in den Semesterferien ?

Kinderland Steiermark bietet Winterwoche Kinderlandvilla „Richard Zach“ St. Radegund. 14. bis 20. Februar 2015.

Heuer bietet Kinderland Steiermark Kindern in den Semester- und Osterferien wieder eine spannende, unterhaltsame und darüber hinaus kostengünstige Woche in der Kinderlandvilla „Richard Zach“ in St. Radegund. Daran teilnehmen können alle 5-15jährigen, die Gemeinschaft, Abenteuer und Abwechslung suchen.

Ein bunter Mix an Indoor- und Outdooraktivitäten lässt keine Langeweile aufkommen.

Es stehen 50 Plätze zur Verfügung.

Zuschussmöglichkeiten gibt's vom Land Steiermark, die Formulare und Infos gibt's im Kinderland-Büro. Je nach Zuschussleistung entstehen

Restkosten zwischen 70 und 149 Euro bei Kombiangebot, d. h. je Woche, wenn sowohl Winter- wie Osterwoche gebucht werden (Eine Woche ohne Förderung: 180 Euro).

Beratung im Kinderland-Ferienbüro am Grazer Mehlplatz 2/2. Stock, 0316/82 90 70. Mo – Fr von 9 – 14 Uhr, E-Mail: office@kinderland-steiermark.at.



EU: Oben wird abkassiert

Die EU setzt in allen Mitgliedsstaaten Sozialabbau, Belastungen und Pensionskürzungen durch. Sie ist mitverantwortlich dafür, dass die Menschen immer weniger Geld zum Leben haben. Gleichzeitig leben die Spitzenleute der EU in Saus und Braus.



Gebäude der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main
Foto wikicommons

Drei Beispiele:

Herman Van Rompuy. Dieser belgische Politiker war fünf Jahre lang EU-Ratspräsident. Jetzt hat man ihn in Pension geschickt. Dieser Ruhestand wird ihm vergoldet. So wird er in den kommenden drei Pensionsjahren rund 758.000 Euro kassieren. Diese Summe setzt sich so zusammen: Bis Ende 2017 bekommt er 55 Prozent seines Grundgehalts weiter – das sind rund 169.000 Euro. Außerdem erhält Van Rompuy eine EU-Pension in der Höhe von jährlich rund 66.000 Euro. Und als Abfertigung gibt es für ihn eine einmalige Zahlung in Höhe von rund 26.500 Euro.

Martin Schulz. Das ist der Präsident des EU-Parlaments, ein deutscher Sozialdemokrat, der sehr viel von

sozialer Gerechtigkeit redet. Er hat inklusive aller Zulagen ein Monatseinkommen von 26.892 Euro brutto. Von diesem Riesengehalt zahlt er fast keine Steuern, weil die EU von den nationalen Steuerregeln befreit ist. Sein Nettogehalt kommt auf 24.034 Euro – im Monat, wohlgemerkt! **Europäische Zentralbank.** Die EZB macht eine Geldpolitik für die großen Finanzkonzerne und gegen die kleinen Sparer. Für sich selbst ist den Bankmanagern aber nichts zu teuer. Das neue EZB-Hochhaus in Frankfurt am Main hat 1,3 Milliarden Euro gekostet! Zahlen müssen das die Steuerzahler in den EU-Ländern.

Europäische Zentralbank. Die EZB macht eine Geldpolitik für die großen Finanzkonzerne und gegen die kleinen Sparer. Für sich selbst ist den Bankmanagern aber nichts zu teuer. Das neue EZB-Hochhaus in Frankfurt am Main hat 1,3 Milliarden Euro gekostet! Zahlen müssen das die Steuerzahler in den EU-Ländern.

Raus aus der EU! Solidarstat statt EU-Konkurrenzregime!



Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

Werner Murgg (KPÖ): „Die EU arbeitet an Ausschaltung von Demokratie und Sozialstaat. In der Ukraine betreibt sie mit baren Euros eine brandgefährliche Kriegspolitik.“

kinderland Steiermark

WINTERWOCHE in St. Radegund

- **Vollpension**
- **Betreuung durch ein qualifiziertes Team**
- **Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)**
- **Gondelfahrt auf den Schöckel**

Preis: ab € 149,-*
abzgl. Landeszuschuss
* bei Kombiangebot

14. bis 20. Februar 2015
Kinderlandvilla St. Radegund

Auskunft und Anmeldung:
kinderland Steiermark
Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Teurer Franken erhöht Verschuldung des Landes Steiermark

Die Eurokrise verschärft sich von Tag zu Tag. Die Schweizer Nationalbank hat nun reagiert und den Mindestkurs zwischen Euro und Franken aufgegeben. Dadurch hat sich der Franken um einen Schlag um 20 Prozent verteuert. Die Schweiz kann ihre nationalen Interessen schützen, weil sie nicht in der EU bzw. in der Eurozone ist. Österreich ist den Maßnahmen des EZB-Präsidenten Mario Draghi dagegen hilflos ausgeliefert.

Die Verteuerung des Franken hat auch schlagartig zu einer Erhöhung der Schulden des Landes Steiermark geführt. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg hat SPÖ-Finanzlandesrätin Bettina Vollath damit konfrontiert. Vollath behauptet, die Erhöhung der Schulden bestünde nur am Papier,

KPÖ-LAbg.
Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses im Landtag: Kritik an Landesrätin.



da das Land selbst bestimmen könne, wann es das 265 Millionen schwere Franken-Darlehen zurückzahle. Werner Murgg: „Während alle Medien sagen, dass auch Länder und Kommunen durch den Kursanstieg des Franken Probleme bekommen, sagen Sie, alles sei in Ordnung. In Wahrheit wollen sie die Rückzahlung auf einen Zeitpunkt hinausschieben, an dem sie nicht mehr Landesrätin sind.“

Mi. 4. März, 18:30 Uhr
im Volkshaus Graz
Lesung von und mit
Boris Pahor
eingeleitet von Tatjana Rojc



Der 1913 in Österreich-Ungarn geborene Boris Pahor ist einer der bedeutendsten slowenischsprachigen Autoren. Der in Triest beheimatete Autor: *Ich fühle mich wie ein Slowene. Staatsbürger Italiens und Europas kommt erst danach. Unsere Eltern wurden aber erzogen, dass sie sich für Österreicher hielten.* Der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus verarbeitete unter anderem seine Erfahrungen im deutschen KZ literarisch.

Di. 3. März 2015, 20 Uhr
Kinky Friedman
Vorprogramm:
Christian Masser
Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Karten: 0676/4285722
KPÖ, oeticket.

Der texanische Country-Sänger Kinky Friedman ist Krimi-Bestsellerautor, Zigarren- und Tequilakonsument, war Mitglied von Bob Dylans „Rolling Thunder Revue“, ist, wie alle guten Menschen, Katzenliebhaber. Er ist der Governor der Herzen der Texaner – mit über 12 % der Wählerstimmen.

Zu seinen bekennenden Fans zähl(t)-en Nelson Mandela, Willie Nelson und Bill Clinton. Mit Cowboyhut, Tequila und Zigarre wird er im Grazer Volkshaus seine schrägen, witzigen, provokanten Songs und Anekdoten zum Besten geben. Ein Sensationsgastspiel, das niemand versäumen sollte!



Programm

Alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 712959 – bildungsverein.kpoe-steiermark.at

Morosoff Kosaken präsentieren: „Kalinka“

Traditionelle Lieder und Tänze der Don Kosaken.

Samstag, 28. Februar 2015,
19 Uhr 30
Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a, 8020 Graz

AK: 16 Euro, VVK: 14 Euro

Karten unter: 0650/4231788

Eine Veranstaltung der Morosoff-Kosaken. Mit Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins.



Musician - Author - Governor of the Heart of Texas

KINKY FRIEDMAN

SUPPORT
CHRISTIAN MASSER

A JOURNEY IN TIME



DI 03.03. GRAZ
VOLKSHAUS

Beginn: 20:00 Uhr
Karten: oeticket, KPÖ-Büro,
+436764285722

oeticket.com

KPÖ Bildungsverein

JaG presents

**Briefe an die
Redaktion**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu
veröffentlichen

STEIRISCHE
Volksstimme

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

**Was zum Leben übrig
bleibt**

Die 84-jährige Fr. J. hat über Jahrzehnte gearbeitet und „nebenbei“ fünf Kinder grossgezogen. Sie lebt mittlerweile allein in Gratwein-Strassengel und bezieht eine Eigenpension in der Höhe von € 1180 netto sowie Pflegegeld der Stufe 1 (€ 154,20). Für Miete, Strom und Betriebskosten bezahlt sie € 600 pro Monat, weitere € 250 werden für Betreuung verrechnet, die sie kaum in Anspruch nimmt. Medizinisch notwendige Zusatzmedikamente, Rezeptgebühren, Telefon, GIS, etc. weitere 150.- pro Monat; da die rüstige Dame immer - auch während der Kinderbetreuung - gearbeitet hat, liegt ihre

Pension knapp über allen Grenzen für Befreiungen. Es bleiben ihr daher nach Abzug der Fixkosten nur noch € 330 „zum Leben“: Für Nahrungsmittel, Putzmittel, Toilettenartikel, Kleidung, Verwandtschaftsbesuche etc... Ein Leben bar jeden Luxus. Nach einem langen Erwerbsleben einfach nur „bitter“! Einen etwaigen Umzug kann sich Fr. J. schlicht nicht leisten; die dafür notwendigen ca. € 1800 kann sie aus eigener Kraft nicht aufbringen. Sie wäre daher auf Unterstützung durch Sozialinitiativen verwiesen...

„Wohnen darf nicht arm machen“

In Ihrem Beitrag sprechen Sie alle Themen an, die mit dem Woh-

nen zu tun haben. Bis jetzt hat aber keine Partei es in die Hand genommen, dem Maklerwesen und der Geschäftemacherei mit dem Wohnen einen Riegel vorzuschieben. Als Betroffener, der eine Wohnung brauchen würde, die ebenerdig ist, muss ich alles selber bezahlen – obwohl ich wegen einer Krankheit in Pension bin und alle Medikamente selbst bezahlen muss, nach über 30 Jahren Arbeit. Hier sollte man etwas machen. Ich würde gerne arbeiten gehen, aber es ist mir nicht mehr möglich.

Grillitsch

Zu vermieten

**Der leistbare
Veranstaltungsort für
alle: VOLKSHAUS GRAZ,
Lagergasse 98a**
für Kleinkunst, Theater,
Lesungen, Seminare uvm.



Anfragen an:
lothar.laesser@volkshaus-graz.at
oder telefonisch
Mo-Fr. von 7-14 unter:
0316/71 29 59

Kleinanzeigen

Musiker (Schlagzeug, E-Gitarre, Bass-Gitarre, Orgel) 60er, 70er Jahre-Musik gesucht, 0664/898 4618.

Sozialwissenschaftler mit viel Erfahrung bietet deutsch- u. englischsprachiges Korrektur u. Lektorat wissenschaftlicher Arbeiten, Recherche, Schreibcoaching, Übersetzungen, Interviewtranskription, Datenanalyse, Konzept-, Präsentations-, u. Web-siteerstellung. Email: herbert.preiss@uni-graz.ac.at; Tel: 0699/1102 8357.

**Wir veröffentlichen
kostenlos Ihre Kleinanzeige:**
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Tel. 0316 / 71 24 79
Fax 0316 / 71 62 91
volksstimme@kpoe-steiermark.at



**RAT UND HILFE IN
WOHNUNGSFRAGEN**

**Mieterschutzverband
Steiermark**

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at



Solidaritätskomitee

R JAVA
GRAZ

- Stoppt die Verbrechen des sogenannten Islamischen Staats!
- Verhindert das Abdriften unserer Jugendlichen in den Rechtsextremismus und Jihadismus!
- Unterstützt die demokratische Selbstverwaltung in Kobane und ganz Kurdistan!
- Unterstützt den Kampf der KurdInnen für Menschen- und Frauenrechte in Rojava!
- Spendet für die Geflüchteten aus Kobane!

web: facebook.com/soli.komitee.rojava.graz
email: rojava_graz@inventati.org

SPENDENKONTO:

Empfänger: Kurdistan Informationszentrum - IBAN: AT47 1400 0862 1025 9220 - BIC: BAWAATWW - Zweck: Kobane

JETZT AKTIV WERDEN!

„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“, sagen wir von der kommunistischen Jugend. Verändern können wir aber nur gemeinsam etwas: Ohne dich sind wir also eine/r zu wenig!



Alle Infos, Kontakt und Mitmachen: www.kjoe.at

KJÖ MACH DEINE WUT ZU WIDERSTAND!

Graz
Münzgrabenstr, 7A
+43 664 235 64 43

johann.wieser01@gmail.com



Einbauschränke mit Schiebetüren



Einzelberatung
Paarberatung
Sexualberatung
Seminare
Graz, Triester Straße 14



Kontakt und Infos:
www.es-praxis.at
Sigrun Eber,
0660 / 669 0028

sigrun eber
einzel-, paar- und sexualberatung
triesterstraße 14 8020 graz
office@es-praxis.at 0660/6690028

**Kleine KFZ-Werkstatt
im Süden von Graz:**
von PKW-Räder umstec-
ken um Euro 20,- bis
Pickerlbegutachtung.
Alles aus einer Hand.
Rufen Sie einfach an.
Tel. 0316/ 40 75 40



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins,
Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



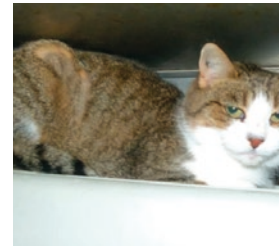
Shadow
ist ein
kast., im
Jahr 2006
geborener
Staff-Rüde.
Er ist sehr
freundlich,
verspielt,
mag Kin-
der sehr
gerne, Kat-
zen hasst
er.



Inka ist eine im Juni 2012
geborene, sterile Staffhün-
din. Sie ist sehr verschmust,
freundlich. Sucht einen
Platz bei Rassekennern die
sie verwöhnen.



Amigo ist ein im Sept. 2012
geborener, kast. Dogo Ca-
nario Rüde. Umgänglich
und verspielt. Sehr men-
schenbezogen und sucht
Platz mit genügend Freilauf
für seine Größe.



Nora ist eine im Jahr 2009
geborene, sterile Woh-
nungskatze. Sie ist zutrau-
lich und verschmust. Sie
sucht ein ruhiges Heim.



Marty: ist ein im Frühjahr
2014 geborener, kast.
Jungkater. Er ist noch et-
was schüchtern und sucht
ein Heim bei geduldigen
Menschen.



Susi ist eine 8-jährige Woh-
nungskatze die aus schlech-
ter Haltung stammt. Sie
ist sehr verschmust und
anhänglich.



Esmeralda ist eine 4-jäh-
rige Häsin die ihr Heim ver-
loren hat, weil ihr Partner
verstorben ist. Sucht einen
Platz mit Artgenossen.



Mira ist eine hübsche,
weiße Häsin die in einer
Schachtel ausgesetzt wur-
de. Sie sucht einen Platz mit
Artgenossen.

Setzen sie sich mit uns in Verbindung!

Die Volksstimme kostenlos bestellen!

INFORMATION aus Stadt und Land! Aus erster Hand, kostenlos,
unverbindlich, aktuell: Bestellen Sie die steirische Volksstimme!
Wir senden Ihnen unsere Zeitung künftig gerne kostenlos und
unverbindlich zu. Tel. 0316 / 877 5102

Ich möchte:

- Die steirische Volksstimme und die
Landtags-Informationen der KPÖ
- Das Programm des KPÖ-Bildungsvereins
regelmäßig zugesendet bekommen.
- Kontaktaufnahme, Mitarbeit

Gedanken und Anregungen:

Name:

Adresse:



An die
**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz
Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at



STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausge-
ber, Hersteller und Verleger: Landtags-
klub der KPÖ Steiermark, Herrengasse
16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verant-
wortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und
Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 /
877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at //
DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die
Steirische Volksstimme – Informationsblatt
der KP Steiermark ist ein Regionalmedium
und dient der Information der steirischen
Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ
Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von
kommerziellen Interessen und tritt für
eine Stärkung des solidarischen Sozial-
systems und gegen die Privatisierung von
öffentlichem Eigentum und öffentlichen
Dienstleistungen ein. Auf sprachliche
Geschlechtsdiskriminie-
rung wird zugunsten der
Gleichheit aller Menschen
verzichtet.



Wir wissen, wo der Schuh drückt

Helfen statt reden!

Seit über 10 Jahren bietet die KPÖ an allen Orten, wo sie Stützpunkte hat, eine kostenlose Mieter- und Sozialberatungen an. Einer großen Zahl Hilfesuchender konnte bisher geholfen werden.



Das macht die KPÖ einzigartig!

Geben statt nehmen!

Die KPÖ-Politiker gaben im letzten Jahr von ihrem Einkommen rd. 125.000,- Euro für sozial benachteiligte Personen aus. Damit konnten Mieten, Strom, Heizung, Heilbehelfe, Schulsachen, Kleidung etc. bezahlt werden.

Wir sind täglich mit den Problemen der Menschen konfrontiert. Wir wissen, wo der Schuh drückt! Das macht die KPÖ einzigartig!

Neues Kapitel in Feldbach

Mit dieser Gemeinderatswahl wird in Feldbach ein neues Kapitel aufgeschlagen. Durch die Zusammenlegung ändert sich Vieles in Feldbach. Und wir werden einen neuen Bürgermeister bekommen.

Noch etwas ist neu: In Feldbach kandidiert die KPÖ mit Markus Pendl (36).

Markus Pendl: „In Graz und im Landtag hat die KPÖ gezeigt, dass sie für die Menschen da ist. Auch auf der Ebene der Gemeinde wäre es gut, wenn dort eine Stimme von „unten“ vertreten ist. Es ist wichtig, dass jemand da ist, der eine grundsätzlich orientierte Sozialpolitik betreibt.“

Die Anzahl der arbeitslosen Menschen ist schon fast ein 10. Bundesland, wer eine Arbeit hat, muss immer schlechtere Bedingungen und wachsende Unsicherheit in Kauf nehmen. Für immer weniger Geld muss man immer mehr arbeiten. Wohnen wird zum Luxus. Auf diese Probleme möchte ich auch im Gemeinderat aufmerksam machen.“

Um das möglich zu machen,

bitte ich Sie, liebe Leserin, Lieber Leser um Unterstützung.

Diesmal sind in Feldbach 31 Mandate zu vergeben. Bei der Landtagswahl 2010 hat die KPÖ in Feldbach fast 3 Prozent erreicht. Auch bei der AK-Wahl 2014 hat es Stimmengewinne zu geben. Es wäre schön, wenn sich dieser Trend auch am 22. März fortsetzen könnte.

Feldbach

Slowenien für Linksabbieger

Ein Foto-Vortrag
von Ernest Kaltenegger



Wo die Bären zu Hause sind • Ein Thermalbad im Obstgarten • Ein Fluss taucht unter • Der Wein, der in Apotheken verkauft wurde • Auf den Spuren der Partisanen

Do., 12. Februar, 19.00 Uhr
Ristorante Lo Scoglio,
Sigmund Freud Platz 1, Feldbach



KPÖ

Helfen statt reden – Liste 5

